



Liese Kurier

Südwestfalen in Europa - Europa in Südwestfalen

Engagement der jungen Menschen wirkt

Neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schlägt deutlich ambitionierteren Klimaschutz in der EU vor

Das Engagement vieler, vor allen Dingen junger Menschen, auch in unserer Region, für mehr Klimaschutz zeigt deutliche Wirkung bei den Verantwortlichen in der Europäischen Union. Dies ist die Einschätzung von Peter Liese, der auch umweltpolitischer Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament ist. „Im Europawahlkampf 2019 war auch bei uns in Südwestfalen das Thema Klimaschutz ganz oben auf der Tagesordnung. Es gab praktisch keinen Infostand und keine Veranstaltung, wo ich nicht darauf angesprochen wurde. Und bei

meinen unzähligen Besuchen in Schulen war das mit Abstand das Thema Nr. 1. Aus meiner Sicht sind die Sorgen der Menschen, insbesondere der jungen Menschen, berechtigt. Die Auswirkungen des extrem trockenen Sommers im letzten Jahr sind noch lange nicht überwunden. So zerstört beispielsweise der Borkenkäfer hunderttausende von Bäumen in unserer Region. Wir müssen dringend handeln, um einen unkontrollierten Klimawandel abzumildern“, so Liese.



Bericht Seite 2

EU Fördermittel für unsere Heimat

LEADER geht weiter

Das erfolgreiche Programm der EU für den ländlichen Raum soll fortgesetzt werden. Dies haben die zuständigen Ausschüsse des EU-Parlamentes beschlossen. Die EU-Förderung, mit der seit einigen Jahren viele erfolgreiche Projekte in unseren Dörfern umgesetzt werden, soll auch in der nächsten EU Finanzperiode von 2021 bis 2027 in der gleichen Größenordnung wie bisher fortgeführt werden. 5% der sogenannten zweiten Säule würden dann auch in Zukunft auf LEADER entfallen und nach Ansicht des EU-Parlamentes soll sie trotz der Schwierigkeiten um den Brexit und die neuen Herausforderungen nicht gekürzt werden. „Das LEADER-Programm hat sich bewährt. Ich bin immer wieder begeistert, welche Projekte in den Dörfern in ganz

Südwestfalen umgesetzt werden. Hier kann man Europa konkret erleben. Mein Dank gilt den Regionalmanagern, aber vor allen Dingen den Ehrenamtlichen, die die Projekte vorbereiten und begleiten. Als nächstes muss das gesamte EU-Parlament über den Vorschlag abstimmen“, so Liese.

Nach der Abstimmung im EU-Parlament müssen dann noch Verhandlungen mit dem Ministerrat stattfinden. Peter Liese ist aber zuversichtlich, dass an der Grundsatzzentscheidung das LEADER weitergeht nicht gerüttelt wird. Anschließend müssen sich die Leader-Regionen erneut mit Konzepten für die nächste Periode bewerben. Die Antragssteller aus Südwestfalen waren dabei beim letzten Mal überdurchschnittlich erfolgreich.

Liebe Leserinnen und Leser,

das war keine leichte Entscheidung, aber ich glaube am Ende war es richtig Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin zu wählen. Wir als EVP wollten natürlich Manfred Weber, aber Sozialdemokraten und Liberale haben durch ihre Ablehnung unseres Vorschlags das Parlament geschwächt. Im Rahmen der Verhandlungen habe ich Ursula von der Leyen noch sehr viel besser kennengelernt und ich glaube, sie kann den Job.

In dem vorliegenden Liese Kurier möchte ich versuchen, Ihnen wieder die Themen nahe zu bringen, die unsere Region und die gesamte EU betreffen. Bitte Informieren Sie sich auch auf meiner Homepage www.peter-liese.de oder auf der Facebook-Seite www.facebook.com/peter.liese. Darüber hinaus besteht auch weiterhin die Möglichkeit meinen Newsletter per E-Mail zu abonnieren (Kontaktdaten siehe Rückseite).

Für Rückfragen und Anregungen stehen meine Mitarbeiter und ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Ihr

Peter Liese



Umwelt
Kampf gegen
Plastikmüll

Seite 3

Mikroplastik
Ausreichende
Übergangsfristen
für Kunstra-
senplätze nötig

Seite 4

Forschung
Krebsforschung
bei Kindern wird
Schwerpunkt für
Politik

Seite 5

Roaming
Telefonieren ins
EU-Ausland ist
billiger

Seite 8



Peter Liese: *Fortsetzung von Seite 1*

„Sie hat sehr gut verstanden, dass Klimaschutz und Arbeitsplätze kein Widerspruch sind, wenn man es richtig macht.“

Eine so dramatische Änderung der Politik auf einem wichtigen Gebiet hat Peter Liese noch nie erlebt. „Seit vielen Jahren setze ich mich für Klimaschutz ein und habe dabei oft Gegenwind erfahren. Jetzt verspüre ich Rückenwind. Innerhalb von wenigen Tagen hat sich die Position der Europäischen Kommission radikal verändert. Ich bin sehr froh, dass ich durch viele Gespräche mit der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen Beitrag dazu leisten konnte. Ursula von der Leyen hat das Thema Klimaschutz als ersten Punkt in ihrer Rede an das EU-Parlament genannt.“



Folgende konkrete Zusagen machte die Kommissionspräsidentin:

1. Europa soll der erste Kontinent weltweit sein, der klimaneutral wird, d.h. es sollen nicht mehr Treibhausgasemissionen produziert werden, wie an anderer Stelle, zum Beispiel durch das Wachstum von Wäldern oder neuer Technologien zur Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre kompensiert werden. Diese Forderung hat Peter Liese seit vielen Monaten vertreten. Bis zur Europawahl lehnte sie die Deutsche Bundesregierung noch ab.

2. Das europäische Klimaziel für 2030 soll von 40 % Reduktion gegenüber 1990 auf mindestens 50 % angehoben werden.

„Dies ist ein riesiger Schritt und er ist natürlich anspruchsvoll, aber ich glaube, dass man das Ziel erreichen kann, ohne unzumutbare Belastung für die Bevölkerung und ohne die Industrie aus Europa zu vertreiben. 45 % erreichen wir dann, wenn wir die bestehende europäische Gesetzgebung, zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien, streng umsetzen. Da Deutsch-

land insbesondere in diesem Bereich dazu neigt, über europäische Vorgaben hinauszugehen, ist es in unserem Sinne, wenn auch andere europäische Länder sich stärker beteiligen. Der zweite wichtige Punkt ist, dass seit der Festlegung des europäischen Ziels viele Länder beschlossen haben, aus der Kohle auszusteigen.“



In Ländern wie Spanien ist das bereits rechtskräftig. In Deutschland besteht parteiübergreifender Konsens. Wenn man diesen Kohleausstieg in die europäische Gesetzgebung einarbeitet, d.h. die Zertifikate im Treibhausgasemissionshandel entsprechend löscht, kann man das Ziel erhöhen, ohne zusätzliche Maßnahmen zu beschließen. Dazu muss allerdings SPD Finanzminister Olaf Scholz seinen entsprechenden Widerstand aufgeben. Kohleausstieg ohne Zertifikate zu löschen ist Wahnsinn. Wir würden sehr viel Belastung für Bevölkerung und Wirtschaft verursachen, ohne dass es für das Klima etwas bringt“, erläuterte Liese.



3. Der Luft- und Seeverkehr, der bisher wenig oder nichts zum Klimaschutz beiträgt, soll sich stärker engagieren.



„Dies ist eine Forderung, die ich schon seit vielen Jahren immer wieder gegenüber den Verantwortlichen erhoben habe. Ich freue mich, dass Ursula von der Leyen dies nach unserem ersten Gespräch sofort aufgegriffen hat. Es ist ein Skandal, dass ein Kegelclub aus Duisburg oder eine junge Familie aus Oberhausen, wenn sie überlegen ein langes Wochen-

ende zu verbringen, oft günstiger mit dem Flugzeug nach Mallorca, als mit dem Zug oder mit dem Bus in unser südwestfälisches Tourismusgebiet kommt. Dies liegt auch an der falschen politischen Weichenstellung durch hohe finanzielle Belastung von Bus und Bahn und geringer Belastung des Flugverkehrs. Auch der Seeverkehr muss sich beteiligen, übrigens nicht nur beim Thema CO₂, sondern auch bei der Reduzierung von anderen Schadstoffen, um Fahrverbote zu vermeiden“, bekräftigt Liese.

4. Bei all den Maßnahmen zum Klimaschutz legt Ursula von der Leyen großen Wert darauf, dass Regionen, Unternehmen und Menschen, die von dem Strukturwandel betroffen sind, unterstützt werden.



„Für unsere Region ist es extrem wichtig, dass wir neue Technologien entwickeln, um energieintensive Produkte wie Zement, Kalk, Stahl und Papier, die in unserer Region hergestellt werden, in Zukunft klimafreundlich herzustellen. Dazu fordern wir ein milliardenschweres Forschungsprogramm. Wir müssen auch prüfen, ob man durch Maßnahmen an der Grenze, Importe aus Ländern mit weniger hohen oder gar keinen Klimaschutzstandards in Zukunft verteuert, um unsere Arbeitsplätze zu schützen. Die ambitionierten Klimaschutzziele sind sinnvoll, aber man muss Klimaschutz richtig machen, um Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Außerdem kann man Klimaschutz insgesamt nur weltweit erreichen. Dazu müssen wir andere Staaten überzeugen, ähnlich ambitionierte Ziele zu verfolgen und das geht nur, wenn wir Arbeitsplätze und Klimaschutz unter einen Hut bekommen, sonst wird uns sicher niemand folgen“, so der Umweltpolitiker.





Klimaschutz braucht Europa

Peter Liese diskutiert mit streikenden Schülern und Wirtschaftsvertretern

„Klimaschutz braucht Europa!“ unter dieser Überschrift hatte Peter Liese zwei Diskussionsveranstaltungen in Arnberg und Lüdenscheid mit Schülerinnen und Schülern überschrieben, die in Arnberg-Neheim, Soest, Kierspe, Iserlohn und Meschede für das Klima streiken. In seiner Einführung machte Peter Liese klar, dass es wirksamen Klimaschutz nur mit Europa gibt. Schadstoffe machen an der Grenze nicht Halt und für die Wirtschaft sind gemeinsame europäische Regeln besser als nationale Flickenteppiche. Außerdem hat Europa nach Ansicht unabhängiger Beobachter, z.B. des früheren Klimachefberaters von US Präsident Obama, den entscheidenden Anteil an allem was sich weltweit bisher für den Klimaschutz getan hat. Wörtlich sagte Todd Stern „Die EU war schon immer Verfechter für mehr Ehrgeiz in Klimagesprächen, vermutlich

der alles entscheidende Bestandteil im Klimaabkommen.“

Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz dürfen kein Widerspruch sein, deshalb hat



v.l. Anton Eickel (St.-Ursula-Gymnasium Neheim), Paul Grüneberg (Conrad-von-Soest-Gymnasium Soest), Lea Leisner und Hannah Saurbier (Aldegrevener Gymnasium Soest), Dr. Peter Liese, Mareen Klute und Luzia Lakämper (Städtisches Gymnasium Meschede), Marten Sprecher (Wirtschaftsvereinigung Stahl), Dr. Dirk Spinner (Spinner GmbH & Co. KG) und Klaus Milke (Germanwatch)

Der Berliner Sänger Peter Fox (Haus am See) motivierte die Schülerinnen und Schüler in einer Videobotschaft ihr Engagement fortzusetzen. Die Schülerinnen und Schüler diskutierten engagiert mit Vertretern von Umweltverbänden und Unternehmen.

Peter Liese zu den Veranstaltungen auch Vertreter von Unternehmen eingeladen, die aufgrund der physikalischen Gegebenheiten heute noch nicht ohne CO₂ Ausstoß produzieren können. Alle Beteiligten waren sich einig, dass man weiter im Gespräch bleiben muss. „Mich beeindruckt das Engagement der Schülerinnen und Schüler, aber wir müssen auch klar sagen, dass die Probleme nicht mit drei oder vier mal Schule schwänzen zu beseitigen sind. Deswegen hoffe ich, dass sich einige der Jugendlichen auch in Verbänden und Parteien engagieren“, bekräftigte Peter Liese, der sich auch bei der Friday for Future Kundgebung in Iserlohn für Klimaschutz auf europäischer Ebene aussprach.



v.l. Miriam Schulte (Junge Union), Dr. Claudia Conrads (Wirtschaftsvereinigung Stahl), Gloria Müller (Junge Union), Dr. Peter Liese, Nadine Meinhardt (Fridays for Future Bewegung Kierspe) und Dr. Andreas Gahl (MPG Mendener Präzisionsrohr GmbH)

Wir müssen alles tun, damit demnächst nicht mehr Plastik als Fisch im Meer ist

EU-Richtlinie gegen Einwegplastik



In zwei Jahren werden die Einwegprodukte, für die es Alternativen gibt, komplett vom Markt verschwinden. Das gilt zum Beispiel für Besteck und Teller. Für andere Produktgruppen wie etwa Lebensmittelverpackungen oder Trinkbecher wird eine Reduktion festgeschrieben. Hersteller müssen für ihre Produkte außerdem eine erweiterte Verantwortung übernehmen und sich zum Beispiel an den Kosten für die Reinigung der Strände beteiligen. Peter Liese weist darauf hin, dass die Maßnahmen der Europäischen Union in eine internationale Bewegung eingebettet sind. „Indien hat bereits vor längerer

Zeit das Verbot von Einwegplastik beschlossen und in Genf wurde nun ein internationales Abkommen zur Reduktion der Plastikverschmutzung im Meer verabschiedet, dem sich praktisch alle Staaten der Welt außer der USA angeschlossen haben. Wir müssen verhindern, dass es in Zukunft mehr Plastik als Fisch im Meer gibt. Daher sind die Maßnahmen dringend erforderlich.“ Im Europäischen Parlament gab es zu dem Thema eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Fraktionen. Wichtigste Kontroverse betraf das Thema Luftballons. Die Grünen hatten beantragt, dass es zukünftig verboten sein soll Luftballons mit Gas zu befüllen und steigen zu lassen. Dies wurde von der Mehrheit abgelehnt. „Ich glaube, dass ein Flugverbot für Luftballons unverhältnismäßig wäre, denn nur ein Bruchteil der Plastikverschmutzung

stammt überhaupt von Luftballons. Nach Berechnungen sind es 5 kg im Vergleich zu 500.000 Tonnen Plastikmüll pro Jahr im Meer. Ich glaube nicht, dass es unser Job ist, den Menschen bei Kindergeburtstagen oder auf Hochzeiten den Spaß zu verderben, sondern setze darauf, dass es sehr bald auch hierfür umweltschonende Alternativen gibt“, so Liese.



Eine gute Alternative sind Papiertüten, wie sie beispielsweise die Drolshagener Firma GSD Verpackungen Gerhard Schürholz GmbH herstellt.



Mikroplastik ernsthaftes Problem aber ausreichende Übergangsfristen für Kunstrasenplätze notwendig

Sportvereine leisten wichtigen Beitrag zur Gesundheit und Integration / Brief an Europäische Kommission

In der Diskussion um Mikroplastik auf Kunstrasenplätzen plädiert Peter Liese für einen Kompromiss. Er hat sich in dieser Sache bereits an die zuständigen EU-Kommissare gewandt. „Es ist sicher ein richtiges Ziel, den Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt zu reduzieren. Deswegen muss man langfristig das Granulat auf Sportplätzen durch weniger problematische Substanzen ersetzen. Auf der anderen Seite darf man die Sportvereine, die in den letzten Jahren oft mit viel ehrenamtlichen Engagement Kunstrasenplätze gebaut haben, jetzt nicht überfordern. Wir brauchen eine angemessene Übergangs-



zeit. Für eine gewisse Übergangszeit sollte das Granulat auf jeden Fall weiter genutzt werden, damit sich die Sportvereine um Alternativen bemühen können. Ein Verbot von Kunstrasenplätzen sollte es wirklich nur dann geben, wenn es keine umweltverträglichen Alternativen für das Granulat gibt und hier braucht man dann eine sehr lange Übergangszeit“, so Liese.

Liese hat sich in einem Brief an die zuständigen Kommissare gewandt. Er weist drauf hin, dass die Kunstrasenplätze zu meist von gemeinnützigen Sportvereinen, oft mit ehrenamtlichen Engagement, erbaut wurden. „Die Arbeit der Sportvereine ist extrem wichtig, insbesondere für junge Menschen. Sport dient nicht nur der Gesunderhaltung und leistet einen riesigen Beitrag zur Integration aller gesellschaftlichen Schichten, sondern aus meiner Sicht auch einen Beitrag zur Vermeidung von Jugendkriminalität. Deshalb muss ein pragmatischer Kompromiss gefunden werden“, so Liese in seinem Brief an die Europäische Kommission.

Peter Liese unterstrich, dass in den EU-Institutionen noch keinesfalls eine Entscheidung in der Frage gefallen sei, ob es überhaupt so weit kommt.

„Bisher handelt es sich lediglich um einen Vorschlag der Europäischen Chemikalienagentur ECHA. Dieser Vorschlag wird zurzeit in der Europäischen Kommission geprüft und es gibt zu der Frage auch in der Kommission unterschiedliche Auffassungen.

Alle Interessierten können sich unter <https://echa.europa.eu/de/restrictions-under-consideration/-/substance-rev/22921/term> auch an einer öffentlichen Konsultation der EU-Kommission beteiligen.

Falls dann tatsächlich ein Vorschlag kommt, kann dieser vom EU-Parlament auch noch gestoppt werden. Deshalb hoffe ich auf ein kompromissorientiertes Vorgehen aller Beteiligten“, so der heimische Abgeordnete.

Europäische Institutionen einigen sich auf besseren Schutz von landwirtschaftlichen Betrieben

Sehr gute Nachricht für unsere Landwirte - Heimische Betriebe kriegen Unterstützung im Kampf David gegen Goliath

Vertreter des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten haben sich auf eine neue Richtlinie geeinigt, durch die landwirtschaftliche Erzeuger vor „unfairen Geschäftspraktiken“ besser geschützt werden sollen. Darauf machte Peter Liese aufmerksam. „Im Interesse unserer kleinen landwirtschaftlichen Betriebe in Südwestfalen, habe ich lange einen besseren Schutz dieser Betriebe gefordert. Durch die heutige Einigung, wird es damit auf europäischer Ebene zum ersten Mal ein verbindliches und detailliertes Regelwerk geben, das unfaire Praktiken eindämmen und kleine Erzeuger schützen soll. Wir stärken damit insbesondere bäuerliche Familienbetriebe“, so Liese. In diesem Zusammenhang wies er daraufhin, dass insbesondere kleinere Akteure in der Lebensmittelhandelskette, auf-

grund der fehlenden Verhandlungsmacht, Opfer von unlauteren Geschäftspraktiken werden. Durch die neue Richtlinie soll es unter anderem keine rückwirkenden Änderungen vertraglicher Verpflichtungen mehr geben, sowie eine Mindestfrist von 30 Tagen für die Stornierung von Lieferungen verderblicher Erzeugnisse. „Insgesamt bin ich davon überzeugt, dass unsere Landwirte in Südwestfalen hiervon profitieren werden. Ich bin außerdem froh, dass manche Vorschläge, die zu sehr in das Handelssystem eingegriffen hätten, vermieden werden konnten. So hatte der Landwirtschaftsausschuss vorgeschlagen, dass freiwillige Vereinbarungen zwischen Lebensmittelhändlern und Landwirten, zum Beispiel über gesetzliche Umwelt- und Tierschutzstandards hinauszugehen, verboten werden. Aber dies wurde in den Verhandlungen zum Glück abgelehnt. Wir

wollen nicht die marktwirtschaftlichen Regeln ändern, sondern die Stellung der kleinen Betriebe im Kampf David gegen Goliath unterstützen. Dies wird gewährleistet“, so Liese.

Die neue Richtlinie muss noch offiziell vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten angenommen werden. Die Annahme gilt jedoch als sicher.





CO₂-Bepreisung ist sinnvoll, aber so schnell wie möglich europäisch - Emissionshandel zielführender und besser durchsetzbar als Steuer

Gesamtbelastung der Bevölkerung nicht erhöhen und soziale Härten vermeiden



Eine stärkerer Bepreisung von CO₂ hält Peter Liese für richtig. Er drängt jedoch darauf, dass dies möglichst europäisch passiert, soziale Härten vermieden werden und die Bürger an anderer Stelle in gleichem Maße entlastet werden.

„Es ist wichtig unser Steuer- und Abgabensystem zu reformieren, so dass sich umweltfreundliches Verhalten lohnt. So ist aus meiner Sicht beispielsweise richtig, die Stromsteuer abzuschaffen, da sie auch Strom aus erneuerbaren Quellen unnötig verteuert und zum Beispiel den Einsatz von Wärmepumpen oder Elektromobilität unnötig belastet. Auf der anderen Seite muss CO₂-Ausstoß stärker belastet werden. Ich halte es aber für wichtig, das Ganze so schnell wie möglich europäisch und nicht nur national zu machen. Beim LKW-Verkehr stehen deutsche Spediteure ohnehin schon im extrem harten Wettbewerb mit Konkurrenz aus Osteuropa.

Dies würde sich noch verschärfen, wenn man in Deutschland einseitig den Diesel für LKWs verteuert. Deshalb plädiere ich mit Nachdruck für die Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf andere Sektoren, wie den Verkehr. Dies ist zielgerichteter, da beim Emissionshandel, im Gegensatz zu einer Steuer, das Ziel auf jeden Fall erreicht wird und der Markt den Preis bestimmt. Außerdem ist eine Ausweitung des Emissionshandels in Europa leichter durchsetzbar, sodass dies mit Mehrheit beschlossen werden kann, während eine Steuer Einstimmigkeit erfordert“, erläuterte Liese.

Europäisches Parlament beschließt neues Forschungsprogramm

Forschungseinrichtungen in Südwestfalen können profitieren / Ein Schwerpunkt ist Krebsforschung bei Kindern



Das Europäische Parlament hat das neue EU-Forschungsprogramm „Horizon Europe“ beschlossen. Peter Liese weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der EU-Forschungsetat trotz knapper Kassen erhöht wird. „Forschung ist elementar für die Zukunft Europas. Die Lösung vieler Probleme, wie zum Beispiel die Behandlung bisher unheilbare Erkrankungen, können nur durch Forschung und Innovation gelöst werden. Auch zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen nur, wenn wir in diesen Bereich investieren. Davon können auch die Hochschulen wie beispielsweise die Universität Siegen und Forschungseinrichtungen, etwa das Fraunhofer Institut in Schmallenberg-Grafschaft, in unserer Region Südwestfalen profitieren“, zeigt sich Liese erfreut.

In einem Gespräch mit Professor Peter Haring Bolivar von der Universität Siegen erfuhr Liese, dass das Programm für die Universität Siegen sehr wichtig sei. Erstens schaffe die europäische Forschungs-

förderung unschätzbar wichtige Kontakte ins EU Ausland und zweitens sei es für relativ junge Universitäten wie Siegen leichter an europäische Forschungsmittel als an nationale Forschungsmittel zu kommen, da bei der nationalen Forschungsvergabe die Traditionsuniversitäten wie Heidelberg oder Köln bevorzugt würden.

Liese, der auch gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist, erläuterte, dass ein Forschungsschwerpunkt im neuen Forschungsprogramm zukünftig die Krebsforschung bei Kindern sei. Vor wenigen Monaten hatte seine christdemokratische EVP-Fraktion bereits beschlossen, den Kampf gegen Krebs in Europa zu einer ihrer Prioritäten für die neue Legislaturperiode zu machen.

„Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass in 20 Jahren niemand mehr in Europa an dieser schrecklichen Krankheit sterben muss“, so Liese. Durch die heutige Abstimmung wurde nun ein erster Schritt gemacht und die erste Forderung der EVP-Fraktion, nämlich einen Schwerpunkt auf die Behandlung von Krebs bei Kindern zu legen, aufgegriffen. „Europäische Kooperation ist bei der Erforschung und Bekämpfung von Krebs aus vielen Gründen wichtig, bei Kindern ist sie unverzichtbar. Glücklicherweise erkranken Kinder nicht

sehr häufig an Krebs. Wenn es aber dann doch passiert, ist es ein besonders schlimmes Schicksal für die Familie. Aufgrund der niedrigen Fallzahlen kann sinnvolle Forschung und spezialisierte Therapie nur mit Hilfe europäischer Kooperation gelingen. Hier bietet Europa ganz konkret einen echten Mehrwert“, so Liese.

Er erläuterte weiter, dass die Krebsbekämpfung bei Kindern im Rahmen einer sogenannten Mission erfolgt. Diese Mission wurde für verschiedene Bereiche des Forschungsprogramms vorgeschlagen und kann mit bis zu 10 Prozent des Budgets aus dem jeweiligen Bereich ausgestattet werden.

„Für die Krebsforschung an Kindern könnte dies rund 1 Milliarde Euro bedeuten. Dies ist ein echter Meilenstein und ich freue mich sehr, dass die Mitgliedstaaten unsere Vorschläge aufgegriffen haben. Vielen Kindern, deren Eltern und Familien kann damit hoffentlich schnell und besser als aktuell geholfen werden“, so Liese



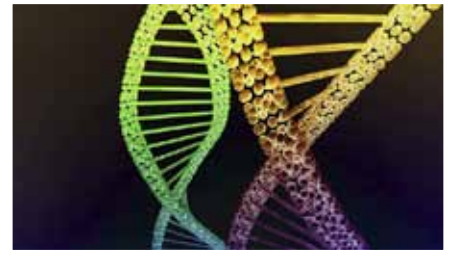


Eingriff in die menschliche Keimbahn ist ein Verstoß gegen die Grundrechtscharta der EU

Diskussion auf Antrag der EVP-Fraktion

Ein Eingriff in die menschliche Keimbahn ist ein Verstoß gegen die Grundrechtscharta der Europäischen Union. Dies hat der rumänische Minister George Ciamba im Namen des Rates der Europäischen Union im Plenum klargestellt. Die Debatte wurde auf Antrag von Peter Lieses Fraktion geführt, um auf den welt-

weiten Aufschrei zu reagieren, den der chinesische Forscher He Jiankui durch seine Behauptung ausgelöst hat, er habe zwei genetisch veränderte Babys produziert. „Diese Klarstellung durch den Rat ist gut und richtig! Eingriffe in die menschliche Keimbahn sind generell unverantwortlich“, so Liese.



Mitgliedstaaten verschlafen Ende der Zeitumstellung

Zeitumstellung schnell abschaffen / Bürgerwillen umsetzen und ernst nehmen



Die Mitgliedstaaten im Rat kommen beim Ende der Zeitumstellung nicht voran. Anfang Juni informierte die rumänische Ratspräsidentschaft die übrigen 27 Mitgliedstaaten, dass weiterhin kein konkretes Datum für die endgültige Abschaffung der Zeitumstellung feststeht. Die Kommission hatte das Ende der halbjährlichen Zeitumstellung ursprünglich für dieses Jahr vorgesehen. Das EU-Parlament hat sich aufgrund zahlreicher Bedenken, unter anderem der Mitgliedstaaten und Verkehrsunternehmen, für ein Ende in 2021 ausgesprochen, um allen Beteiligten genügend Zeit zur Abstimmung und Anpassung zu geben. Die Mitgliedstaaten haben bis heute keine Position. Peter Liese kritisierte die Mitgliedstaaten daher deutlich. „Die Zeitumstellung gehört schnell abgeschafft. Der Vorschlag der EU-Kommission liegt seit eineinhalb Jahren auf dem Tisch und das Europäische Parlament hat seine Position bereits vor der Europawahl bestimmt. Die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung hat die Stellung des EU-Parlaments noch einmal verstärkt. Das der Rat immer noch keine Idee hat wie es weitergehen soll, geschweige denn einen gemeinsamen Standpunkt um in Verhandlungen mit uns zu treten, ist inakzeptabel. Alle Umfragen bestätigen, dass die Mehrheit der Menschen die Zeitumstellung nicht wollen. Die Mitglied-

staaten sollen diesen Bürgerwillen daher endlich umsetzen und ernst nehmen. Ich verstehe, dass die Sache komplizierter ist als sie auf den ersten Blick erscheint, aber das EU-Parlament hat alle Bedenken aufgenommen und auch sehr schnell, sehr gute Vorschläge zur Koordinierung unter den Mitgliedstaaten gemacht, so dass kein Flickenteppich vieler unterschiedlicher Zeitzonen in Europa entsteht. Vielleicht sollten die Minister nochmal einen

Blick in unseren Vorschlag werfen, bevor sie das Rad neu erfinden wollen“ so Liese. Peter Liese weist noch einmal darauf hin, dass die Vorteile die man sich bei der Einführung der Zeitumstellung erhofft hat, wie z.B. Energieeinsparungen nicht eingetreten sind. Viele Menschen leiden jedoch unter der Zeitumstellung. „Wenn eine Sache keinerlei Vorteile, sondern nur Nachteile bringt, gehört sie abgeschafft. Lieber heute als morgen“, so Liese.

Rekordhitze – gesunde Abkühlung in den Badegewässern in Südwestfalen

Bericht der EU-Kommission bestätigt erneut die ausgezeichnete Wasserqualität

Wenn die Temperaturen auf weit über 30 Grad steigen, freut sich jeder, der die Chance auf eine Abkühlung im kühlen Nass hat. „Nach einem aktuellen Bericht der EU-Kommission schneiden alle Badegewässer in Südwestfalen (der Möhnesee bei Soest, der Hennesee bei Meschede, der Diemelsee bei Marsberg, der Biggensee bei Olpe, der Sorpesee zwischen Sundern und Balve sowie der Hillebachsee bei Winterberg) mit der Note „ausgezeichnet“ ab. Das freut uns alle angesichts der Temperaturen in diesem Sommer“, so Liese.

Auch Wasserfreunde, die außerhalb Südwestfalens Erfrischung suchen, können beruhigt sein. Von fast 2300 Badegewässern in Deutschland haben 2123 eine ausgezeichnete Qualität, das sind 92,7 Prozent. Damit liegt Deutschland über dem EU-Durchschnitt. Europaweit haben knapp über 85 Prozent der Badestellen in ganz Europa, die im vergangenen Jahr überwacht wurden, die höchsten Anforderungen für ausgezeichnete Wasserqualität erfüllt.

Info-Coupon

Wenn Sie oder einer Ihrer Bekannten den Liese Kurier kostenlos zugeschickt bekommen möchten, dann schicken Sie diesen Coupon an das Europabüro in Meschede.

Absender: _____

Europabüro für Südwestfalen, Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede

Ich willige hiermit ein, dass meine oben angegebenen personenbezogenen Daten für den Versand der Broschüre entsprechend Art. 6 bzw. Art. 7 DSGVO erhoben, verarbeitet und gespeichert werden dürfen. Sie können der Einwilligung zur Erhebung, Verarbeitung und Verwendung Ihrer Daten zu oben genannten Zwecken jederzeit per E-Mail an info@peter-liese.de widerrufen oder deren Korrektur verlangen.



Bundestag lockert Datenschutzregeln für kleine Betriebe

Europarecht nicht strenger auslegen als vorgesehen / Kleine Handwerksbetriebe anders als globale Großkonzerne behandeln

Vor etwas mehr als einem Jahr trat die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der EU in Kraft, die auch viele in Südwestfalen verunsichert haben und für viele heimische Betriebe einen großen Aufwand bedeutet hat. Handwerker hatten sie sogar zum Anlass genommen, eine eigene Initiative gegen Bürokratie zu gründen. Die deutschen Datenschutzbestimmungen sind in vielen Fällen jedoch härter als die Regelungen der DGSVO. Deshalb hat der Bundestag jetzt Entlastungen für kleine und mittlere Unternehmen bei den deutschen Datenschutzbestimmungen beschlossen. So soll zum Beispiel die Schwelle angehoben werden, von der an ein Unternehmen laut Bundesdaten-

schutzgesetz (BDSG) einen Datenschutzbeauftragten benennen muss: Statt zehn Mitarbeitern soll sie nun bei 20 Mitarbeitern liegen, die sich „ständig mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigen“. Die Änderungen begrüßte Peter Liese ausdrücklich. „Datenschutz ist wichtig, aber wir dürfen gerade bei Kleinunternehmen nicht übertreiben. Es ist richtig, dass Deutschland den Spielraum und Ausnahmeregelungen der DGSVO nutzt. Wir müssen nicht immer noch strenger sein als EU-Vorgaben und dürfen ruhig auch mal extra vorgesehene Ausnahmemöglichkeiten nutzen. Kleine und mittlere Betriebe sind keine international tätigen

Konzerne und stellen kein vergleichbares Risiko für den Datenschutz da. Die nun vorgenommene Differenzierung ist daher vollkommen richtig. Ich hoffe sehr, dass der Bundesrat den neuen Regeln ebenfalls schnell zustimmt“, so Liese. Der Abgeordnete hofft nun, dass jetzt auch schnell eine Lösung gegen das Problem der unseriösen Kanzleien und Abmahnvereine gefunden wird, die die DGSVO bei unwissentlichen Verstößen von Unternehmen und Bürgern gezielt ausnutzen, gefunden wird. „Hier liegen gute Ideen unserer CDU/CSU-Bundestagfraktion auf dem Tisch. Ich hoffe, dass wir im Interesse der Bürger und kleinen Unternehmen schnell eine Regelung finden“, so Liese.

Antrag zur Nutzung von Chrom VI wird wahrscheinlich genehmigt

Wichtig für Arbeitsplätze in Südwestfalen



Rund 70 Unternehmensvertreter trafen sich mit Peter Liese in Iserlohn, um sich über den aktuellen Stand bezüglich der Verwendung von Chromtrioxid zu informieren.

Der Antrag zur Genehmigung zur Verchromung von Chrom VI wird von der EU-Kommission wahrscheinlich genehmigt. Dies ist die Einschätzung von Peter Liese. Die Grünen hatten im EU-Parlament beantragt, den entsprechenden Antrag, von denen auch viele Firmen und Arbeitnehmer in Südwestfalen betroffen sind, zurückzuweisen und dafür auch die Unterstützung von Sozialdemokraten und Liberalen im EU-Parlament erhalten. Chrom VI wird von dutzende Firmen in Südwestfalen genutzt und ist z.B. in der

Automobilzulieferindustrie, der Armaturenindustrie und der Luftfahrtzulieferindustrie nach Einschätzung von Experten nicht ersetzbar. Im Endprodukt ist keinerlei Schadstoff enthalten, weshalb für den Verbraucher auch keinerlei Risiko entsteht. Während der Verarbeitung müssen jedoch strenge Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden, um Arbeitnehmer zu schützen. Diese hohen Sicherheitsstandards werden von den Unternehmen in der Region selbstverständlich genauso eingehalten.

„Ein Verbot wie es Grüne, Liberale und Sozialdemokraten unterstützt haben würde nur dazu führen, dass die Produktion ins Ausland verlagert würde und wir die fertigen Chromteile dann aus der Türkei, Marokko oder China bekämen. Dort sind sicherlich keine besseren Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer und der Umwelt zu erwarten. Nach Ansicht von Experten würde das Verbot aber tausende von Arbeitsplätzen gefährden. Deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass die EU-Kommission an ihrer Position festhält, nämlich den Antrag unter bestimmten Bedingungen zu genehmigen. Nach Gesprächen mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Jyrki Katainen und den Generaldirektor für Umwelt bin ich optimistisch, dass dies gelingt“, betont Liese.

In jeder Ausgabe möchten wir Ihnen ein Gericht aus einem Land der EU vorstellen.

„Krabbensalat mit gebratenem Speck“

ZUTATEN für 4 Personen:

- 1 Ei, 1 Gewürzgurke (ca. 30 g)
- 1 Zwiebel
- 80 ml Gemüsebrühe
- 100 g Frühstücksspeck
- 1 EL Öl
- 400 g Schmand
- 250 g vorgegarte Krabben (gepult)
- 1-2 EL Schnittlauchröllchen
- 1 TL scharfer Senf
- Salz, Pfeffer aus der Mühle, mildes Chilipulver

Das Ei 10 Minuten hart kochen, kalt abschrecken, pellen und in kleine Würfel schneiden. Die Gewürzgurke in sehr kleine Würfel schneiden. Die Zwiebel schälen, in feine Würfel schneiden und in der Brühe weich dünsten bis die Flüssigkeit verdampft ist. Den Speck in kleine Würfel schneiden. Das Öl in einer Pfanne erhitzen und die Speckwürfel darin anbraten. Aus der Pfanne nehmen und auf Küchenpapier abtropfen lassen.

aus Dänemark



Den Schmand mit den Krabben, dem gehackten Ei, den Gurkenwürfeln, den Zwiebeln, dem Speck, Schnittlauch und dem Senf glatt rühren. Mit Salz, Pfeffer und einer Prise Chilipulver herzhaft würzen. Den Krabbensalat nach Belieben mit einigen Scheiben Pumpernickel oder geröstetem Toastbrot servieren.



EU einigt sich auf mehr Freiheit bei Fernseh- und Radioprogrammen

Zukünftig sollen Fernseh- und Radioprogramme einfacher im EU-Ausland angeboten werden

Europäische Radiohörer und Fernsehzuschauer können online künftig auf mehr Sendungen aus dem EU-Ausland zugreifen als bisher. Vertreter der EU-Staaten, der EU-Kommission und des Europaparlaments einigten sich jetzt darauf, dass die Lizenzierung dafür einfacher werden soll. Bisher sind für Nutzer im Ausland viele Inhalte gesperrt. „Dies ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, auch wenn dies erst einmal nur für Nachrichten und Eigenproduktionen gilt. Der Gewinner ist der Verbraucher, der auch auf bestimmte Sendungen im und aus dem Ausland zugreifen kann“, so Liese. Sendeanstalten,

die ihr Programm im EU-Ausland zur Verfügung stellen, müssen zukünftig alle Urheberrechtlichen Fragen nur im eigenen Land klären. Bisher legte die sogenannte Satcab-Richtlinie fest, dass Sendeanstalten mit den Rechteinhabern für jedes EU-Land separate Vergütungsverträge abschließen müssen. Dieses führte dazu, dass zum Beispiel die Mediathek-Inhalte von ARD und ZDF außerhalb Deutschlands großteils nicht verfügbar sind. „Die Regelung vereinfacht die Prozesse enorm und bietet Bürgern zukünftig noch mehr Möglichkeiten auf gewohnte Inhalte zuzugreifen, selbst wenn man sich nicht im

eigenen Land befindet“, so Liese weiter. Die Einigung muss nun noch offiziell vom Europäischen Parlament, sowie den EU-Mitgliedstaaten abgesegnet werden, bevor sie nach einer Übergangszeit von zwei Jahren Anwendung findet.



Telefonieren ins EU-Ausland ist billiger

Nach dem Ende der Roaming-Gebühren nächster wichtiger Schritt für die Verbraucher / Konkretes Beispiel dafür, wie sich EU-Politik positiv auf den Alltag der Menschen auswirkt

Nachdem die EU bereits die Zusatz-Gebühren für Anrufe, SMS und Internetnutzung aus dem EU-Ausland ins Heimatland abgeschafft hat, sind seit dem 15. Mai auch die Gebühren für Telefonate und SMS aus Deutschland ins EU-Ausland gedeckelt. Maximal werden nun 19 Cent pro Minute fällig – egal ob ein Festnetztelefon oder Handy kontaktiert wird. Eine SMS kostet jetzt maximal 6 Cent. „Laut Europäischem

Verbraucherverband kosteten Auslands-gespräche per Handy in Deutschland bis zu 1,99 Euro pro Minute. Wer also seine Freundin oder seinen Geschäftspartner in Frankreich oder Spanien anrufen wollte, musste für ein mehrminütiges Gespräch schon tief in die Tasche greifen. Dies ist nun Geschichte. Die Gewinner sind hier wieder die Verbraucher, die für Telefon-gespräche aus dem EU-Ausland nach

Deutschland gar nichts mehr zahlen oder nun nur noch einen Bruchteil dessen was bisher verlangt wurde für Gespräche aus Deutschland ins EU-Ausland. Gerade in den Ferien sind das tolle Nachrichten für die Verbraucher und ein sehr konkretes Beispiel dafür, wie sich die Politik der EU positiv auf den Alltag der Menschen auswirkt“, so Liese.

Gewinnspiel!

SUDOKU

1			4					3
9				6				2
		4	2			5		
	6	8		2		6		5
		2		5		3		
		5	8			1		
6				4			7	
4		1		2				9

Ziel des Rätsels ist es, die leeren Felder so zu vervollständigen, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Block die Ziffern 1-9 nur einmal vorkommen. Es gibt nur eine eindeutige Lösung!

Die Lösung lautet:

Bitte senden Sie die Lösung bis zum **20. November 2019** unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das:

Europabüro für Südwestfalen
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede
Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27
E-Mail: info@peter-liese.de
www.peter-liese.de

Mitmachen lohnt sich:



Unter den richtigen Einsendungen verlost Peter Liese

3 x LED-Taschenlampen
6 x Set Druckbleistift/Kugelschreiber

Viel Glück!

Für die Durchführung des Gewinnspiels und der Gewinnermittlung ist die Angabe von persönlichen Daten wie Name, Vorname und Adresse erforderlich. Die Datenerhebung basiert auf Art. 6 bzw. Art. 7 DSGVO. Zur Teilnahme am Gewinnspiel ist es unbedingt erforderlich, dass sämtliche Angaben der Wahrheit entsprechen und die Daten vollständig sind. Die bereitgestellten Daten der Gewinner werden zum Zwecke der Auslosung verwendet. Sie haben das Recht unentgeltlich Auskunft zu erhalten, welche Daten über Sie gespeichert sind und zu welchem Zweck die Speicherung erfolgt. Zusätzlich haben Sie das Recht auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung oder ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung und dem neuen BDSG. Hinweis: Ein Löschen oder ein Widerspruch bzw. eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten kann zur Folge haben, dass Sie am Gewinnspiel nicht teilnehmen können.



Impressum: Europabüro für Südwestfalen, Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede,
Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27,
E-Mail: info@peter-liese.de, www.peter-liese.de / Fotos: Peter Liese, pixelio.de, Fotolia.de